

Die Vertreibung aus der Utopie: Wien 2010 aus der Sicht von 1990

August Gächter, 2010-10-10

Die Zukunft vorauswissen

Sollten Streitigkeiten ausbrechen, was das älteste Gewerbe der Welt sei, dann wäre das Weissagen sicherlich ein aussichtsreicher Kandidat. Kontrolle über die Zukunft zu erlangen, ist ein Wunsch, in den in den letzten 5.000 Jahren viel Geld investiert wurde. Die Ernüchterung darüber, dass die Zukunft bis jetzt nicht vorhersehbar und daher auch kaum planbar ist, hält meistens nicht lange. Rasch keimt wieder die Hoffnung auf, dass es beim nächsten Mal doch gelingen werde. Gerade in Momenten des Umbruchs, in Momenten plötzlicher Veränderungen im Umfeld mag der Wunsch unbezähmbar werden. Er schallt dann mitunter auch als Forderung des Volkes an die Ohren der politischen und geistlichen Führungskräfte, nämlich in der Form, dass sie gefälligst im Moment der Ungewissheit ihrer – mehr oder minder angemäßen – Führungsrolle gerecht werden sollen. Diese aber fühlen sich nicht eben wohl dabei, statt wie bisher auf bekannten Pfaden im Kreis zu gehen, unbekanntes Gelände beschreiten zu müssen, noch dazu als erste. Sie lassen sich daher beraten von solchen, die im Ruf stehen, die heutigen Anzeichen in Hinblick auf die Zukunft interpretieren zu können. Zur Palette der Anzeichen sind im 20. Jahrhundert neue hinzugekommen. Hatte man sie früher in den Sternen, in den Eingeweiden, in den Träumen, in von den Ahnen und den Göttern stammenden Mitteilungen jedweder Art gesucht, und im 19. Jahrhundert in Geschichtsphilosophie, so nun auch zusätzlich in den Bewegungen der Märkte. Man soll die Idee, dies zu tun, nicht gering schätzen. Ihre praktische Umsetzung bereitet jedoch Schwierigkeiten. Sie liegen zum einen in der Auswahl der beobachtenswerten oder beobachtensnötigen Märkte, zweitens in der Beobachtung der Marktbewegungen, drittens in ihrer Interpretation, viertens im Verständnis ihrer Ursachen, und folglich fünftens in der Vorhersage ihres weiteren Verlaufs. In all dem hat es gewiss Fortschritte gegeben, kein Zweifel, und manchmal kann man jetzt, 2010, den Eindruck bekommen, die Menschheit stehe hier kurz vor einem wichtigen Durchbruch, aber ganz soweit ist es noch nicht, und vor allem war es vor 20 Jahren noch nicht so weit, denn das ist der Moment, um den es hier jetzt geht: Die Zukunft Wiens bis 2010 aus der Sicht und mit den Mitteln von 1990.

Die Situation 1990

Die Sowjetunion hatte damals ihre Satellitenstaaten entlassen und löste sich kurz darauf auch auf. Die meisten der kommunistischen Regimes wurden abgelöst, die Grenzen geöffnet. Zu diesem Zeitpunkt, nämlich 1989, erhielt ein Konsortium von Stadt- und Sozialforschern den Auftrag, sich die Stadt Wien im Jahr 2010 vorzustellen. Das taten sie, indem sie fünf Szenarien entwarfen (IFES u.a. 1990:21-46, 61-66; Wagner/Hofmann 1990:126f), die mehr oder minder einprägsame Namen trugen. Eines hieß Stabilisierung, eines Dauerkrise, eines Weißbuch EG, eines Offene EG und eines São Paulo. Den ersten beiden, die vor allem in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den vormals kommunistischen Staaten den wichtigsten Parameter sahen, wurde nur für die ersten paar Jahre Relevanz zugesprochen. Danach komme es auf die weitere Vorgehensweise der EG bzw EU an. Das Szenario Weißbuch EG ging davon aus, die EU werde sich darauf konzentrieren, die Binnenintegration zu vertiefen ohne sich zu erweitern, zumindest nicht über Österreich hinaus. Das Szenario Offene EG nahm dagegen eine fortschreitende Erweiterung um neue Mitgliedsländer an. Das São Paulo Szenario schließlich war als „Extremszenario“ gedacht, das „zum Ausdruck bringen sollte, dass unter bestimmten Voraussetzungen zum Teil Verhältnisse wie in Metropolen der Dritten Welt entstehen können (was eingestandenermaßen ziemlich überspitzt ist)“ (IFES u.a. 1990:44). Von da her war das São Paulo Szenario noch am ehesten utopisch, während die anderen ausdrücklich ein reales Wien beschreiben wollten. Was gemeint war, kann man vielleicht am ehesten mit dem Wort „Unregierbarkeit“ übersetzen. Von „grauem Arbeitsmarkt“ ist die Rede, von Gelegenheitsarbeit, von Elendsquartieren und von „überschatteter Zukunft“ (IFES u.a. 1990:44, 59, 64; Wagner 1990:59; Wagner/Hofmann 1990:125). „Wien könnte unter diesen Bedingungen besonders in den Politikbereichen Wohnen, Soziales, Verkehr, Sicherheit und Arbeitsmarkt in Bedrängnis kommen“ (IFES u.a. 1990:46). In der Namensgebung ist auch eine gewisse Großspurigkeit nicht zu übersehen. Wenn Wien mit Chicago, New York, London, Paris oder eben São Paulo verglichen wird, ist das ebenso vermessener wie Vaduz mit Wien zu vergleichen. Der Vergleich mit München, Mailand, Budapest oder Prag ist um vieles realistischer, aber halt auch unspektakulärer, weil er keine wilden Problemszenarien suggeriert. In Wahrheit war auch das São Paulo Szenario durch und durch europäisch.

Die zwei längerfristig realistisch gemeinten Szenarien unterschieden sich in der Strategie der EG bzw EU und den daraus abgeleiteten Folgen für die Ost-West Migration: würde das Vertiefungsszenario des Weißbuchs die Oberhand behalten oder würde die EU vergrößert werden? Es hätte verwundern müssen, wäre die Antwort nicht „sowohl als auch“ gewesen. Noch im Herbst 1990 kam die damalige DDR dazu und seither 15 weitere Staaten als Mitglieder sowie vier als Beinahemitglieder. Relevant für den Vergleich mit der Realität 2010 ist daher vor allem das Szenario

Offene EG. Seine Vorhersagen sollten am ehesten eingetroffen sein. Utopisch war daran wenig, oder vielleicht erscheint das auch nur im Rückblick so.

Was war damals Fakt und was kündigte sich unmittelbar an? Ein Faktum war, dass Wien wieder zu wachsen begonnen hatte. Mitte der 1980er Jahre war die Bevölkerung auf – wie man heute schätzt – unter 1,5 Millionen geschrumpft gewesen. Sie war geringer, als man damals glaubte. Das lag am unzulänglichen Wiener Meldewesen, das noch bis mindestens 2001 einer von etwa 40 Problemfällen in Österreich blieb, und zwar natürlich mit Abstand der gewichtigste. Dass die Bevölkerung gegen Ende der 1980er Jahre allmählich zuzunehmen begonnen hatte, beruhte rein auf stärkerem Zuzug und wurde im Rathaus eher nicht so positiv gesehen. Die Präsentation der Studie im April 1990 wurde denn auch von der Mitteilung des damals zuständigen Stadtrats, Hannes Swoboda, begleitet, Wien sei jetzt genug gewachsen, aber Hollabrunn und Gänserndorf hätten noch Potential. Vielleicht lag auch darin ein utopischer Zug, nämlich dass eine – vom Stadtrat – als glücklich erlebte Gegenwart sich festhalten und konservieren lasse. Die 1980er Jahre waren trotz relativ schwachen Wirtschaftswachstums eine Periode relativ starker Zuwächse der privaten Einkommen und Vermögen gewesen. Außerdem glaubte man, sie seien eine Phase geringen Zuzugs gewesen, und machte einen Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen. Vielleicht war es auch umgekehrt: weil der Wohlstand so stark zunahm, glaubte man, es könne nicht viel Einwanderung gegeben haben. Die 1980er Jahre waren aber keine Phase geringen Zuzugs, ganz im Gegenteil. Die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen in Österreich hatte zwischen den Volkszählungen 1981 und 1991 um 226.442 zugenommen, in den 1970er Jahren aber nur um 79.552 und in den 1960er Jahren nur um rund 110.000. Das hätte einem auch ins Auge springen können, zumal in Wien, aber hinschauen kostet Zeit und jene, die bezahlt wurden, hinzusehen, waren nicht eben zahlreich. Sie sind es im Übrigen auch heute nicht. Davon abgesehen meinen Entscheidungsträger auch oft, sich die Realität wie ein ihnen passend erscheinendes Kleidungsstück aussuchen zu können. Sie legen dann auf die Beobachtungen von Profis wenig Wert. Wozu daher Profis bestellen und bezahlen. Die simple Tatsache, dass die enorme Wohlstandssteigerung des halben Jahrhunderts seit 1960 gleichzeitig mit regem Zuzug von unqualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland vonstatten ging, wird in Österreich beharrlich ignoriert und durch den simplen Glauben ersetzt, die Wohlstandssteigerung sei nicht so groß gewesen und wäre ohne Einwanderung oder mit beruflich qualifizierterer Einwanderung größer gewesen.

Ebenfalls bereits erkennbar und in gewisser Weise auch schon seit 1987 bundespolitisch vereinbart war die rechtliche Niederlassung der damaligen Gastarbeiterbevölkerung. Ein allererster Schritt war 1988 mit der ersten Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz getan und ein zweiter, größerer, befand sich im Frühling 1990 in Verhandlung, der auch noch im selben Jahr legislativ und administrativ umgesetzt wurde. Ab 1991 ging im Innenministerium ein legislativer Wir-

belsturm los, nicht zuletzt, weil die Wirtschaftskammer 1990 der Arbeiterkammer zentrale Wünsche nicht erfüllt hatte, worauf letztere sich dem Innenministerium zuwandte. Schon die damaligen Gesetzesinitiativen und ihre praktische Umsetzung trugen ähnliche Züge wie die heutigen, nämlich als eine Art Rache an der zuletzt zugezogenen Bevölkerung einerseits und an den Höchstgerichten andererseits. Noch nicht so klar erkennbar war im Frühling 1990, dass die westlichen Regierungen von Fluchthelfern sukzessive zu Fluchtverhinderern mutieren würden. Das wurde erst ein Jahr später deutlich.

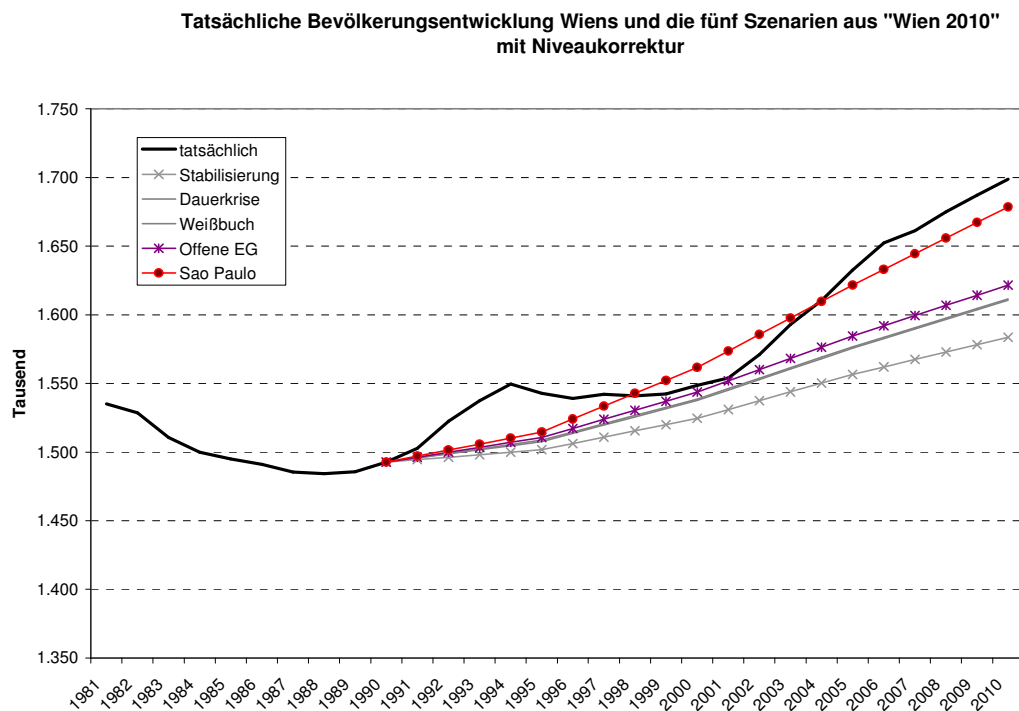
In Wien war die rechtliche Niederlassung der damaligen Gastarbeiterbevölkerung bereits auf anderem Wege in Angriff genommen worden. Noch 1987 hatte ein Erlass des Bürgermeisters bzw. Landeshauptmanns den damaligen Spielraum im Staatsbürgerschaftsgesetz genutzt und die Einbürgerung nach weniger als zehn Jahren Aufenthalt wesentlich erleichtert. In mehrerer Hinsicht war das die bessere, weil umfassendere und promptere Lösung, zudem ohne jeden gesetzgeberischen Aufwand, als das zwanzigjährige Herumgetue auf Bundesebene. Die anderen Bundesländer reagierten auf das Wiener Vorgehen deutlich allergisch. Anstatt es nachzuvollziehen bekämpften sie es, je weiter westlich desto schärfer, und behielten mit den Gesetzesänderungen 1997 und 2002 auch die Oberhand.

Bevölkerungszuwachs

Bernhard Perchinig hieß 2007 die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Veranstaltung „willkommen in São Paulo“. Er spielte darauf an, dass, seiner Einschätzung nach, die Prämissen des São Paulo Szenarios eingetreten waren, aber nur die Prämissen, nicht auch die Folgen. Hatte er recht? Teils, teils. In demografischer Hinsicht wurden die Befürchtungen von der Wirklichkeit übertroffen. Hatte das São Paulo Szenario einen Bevölkerungszuwachs um 186.000 angedroht, so waren es mit Jahresbeginn 2010 in Wahrheit sogar 206.000 mehr als zu Jahresbeginn 1990. Im Durchschnitt ist das ein Zuwachs um 10.000 pro Jahr. Noch im Jahr 2000 aber stimmte der erreichte Bevölkerungszuwachs fast genau mit dem Szenario Offene EG überein, obwohl die Erweiterungen von 2004 und 2007 erst noch bevorstanden.

Die seinerzeitige Veröffentlichung enthält auch in Wahrheit (mindestens) zwei Versionen jedes Szenarios, nämlich eine im Text und eine in den dazugehörigen Abbildungen. Der Verlauf in den Abbildungen ist jeweils viel linearer als jener im Text. Zum Szenario Offene EG, etwa, heißt es im Text: „So stellt man bei der Volkszählung im Jahr 2011 fest, dass sich die Einwohnerzahl auf dem Niveau von 2001, bei 1,66 Millionen befindet“ (IFES u.a. 1990:44), während in der Abbildung für das Jahr 2000 eine Wohnbevölkerung von rund 1,58 Millionen und für 2010 von 1,66 Millionen angegeben ist (IFES u.a. 1990:43). Die Wirklichkeit im Jahr 2000 passte zur Abbildungsversion, nicht zur Textversion. Keine einzige Abbildungsversion, auch nicht jene zum São

Paulo Szenario, erreicht bereits 2000 einen Wert über 1,6 Millionen. Tatsächlich dürfte Wien im Jahr 2000 rund 1,55 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner gehabt haben. 1,66 Millionen dürften 2006 erreicht worden sein.



Die Zunahme bis 2010 war in zwei Wellen verlaufen, zuerst von 1.484.000 Anfang 1988 auf 1.549.000 Anfang 1994, und dann wieder von 1.541.000 Anfang 1998 auf 1.652.000 Anfang 2006. Anschließend wuchs Wiens Bevölkerung wieder etwas langsamer, etwa 12.000 im Jahr, aber noch immer mit einem ähnlichen Tempo wie Anfang der 1990er Jahre. Anfang 2010 lag sie ganz knapp unter der Marke von 1,7 Millionen. Die beiden Wellen waren das fünfte und das sechste größere Flucht ereignis seit 1945. Dazu gehörte um 1990 herum zuerst die Absetzbewegung aus den politisch vorübergehend unsicheren osteuropäischen Staaten sowie anschließend die Flucht aus dem sich kriegerisch auflösenden Jugoslawien. Die zweite Welle begann 1998 und endete 2005. Sie wurde stark aus den bürgerkriegsartigen Vorgängen im Kaukasus, in Serbien, der Türkei, dem Irak und Afghanistan gespeist, hatte aber einen weiteren Einzugsbereich. Die 1990er Welle hatte sich im Wesentlichen noch aus einem Umkreis von etwa 1.500km gespeist, die 2000er Welle aber aus 7.500km (Westafrika, Südasien). Das war damals erahnbar und wird im Bericht auch angedeutet (IFES u.a. 1990:26), aber nicht explizit in den Szenarien berücksichtigt. Bemerkenswert ist auch, dass nach 2005 erstmals das Bevölkerungswachstum weiterging, obwohl der Flüchtlingsstrom abklang. Zum einen liegt das sicher daran, dass der Asylzustrom weiterhin ungefähr zehn-

mal so hoch ist, wie er früher zwischen zwei Spitzen war. Zum anderen hat sich die Stadtfucht zuletzt eher verringert, was aber vermutlich nur ein Zwischenspiel gewesen sein wird. Vor allem trägt aber der Zuzug von EU-Staatsangehörigen und der Familiennachzug zu (eingebürgerten) österreichischen Staatsangehörigen bei. Letzteren zu dämpfen war eine der wesentlichen Absichten sowohl der Fremden- als auch der Staatsbürgerschaftsrechtsänderungen seit 2000.

Ausländer und Inländer

Der Bestand zu Jahresbeginn 1990 war eine Wohnbevölkerung von etwa 150.000 ohne österreichische Staatsangehörigkeit, rund 20.000 weniger als man damals glaubte. Heute sind es um etwa 200.000 mehr. Dazu muss man die zwischenzeitlich erfolgten Einbürgerungen addieren. Sie beliefen sich von 1990 bis 2009 auf etwa 190.000. Davon werden nicht mehr alle (in Wien) leben, aber die Bevölkerung, die 1990 mit „Ausländer“ gemeint war, ist offenbar um mehr als 350.000 auf über 500.000 angewachsen. Die „Inländer“ dürften sich dagegen um etwa 150.000 verringert haben. Wie die Bevölkerungszunahme insgesamt übertreffen diese Veränderungen selbst das São Paulo Szenario, das eine Verringerung der „Inländer“ um 129.000 und eine Zunahme der „Ausländer“ um 315.000 vorhersah, während das Szenario Offene EG nur auf minus 95.000 und plus 224.000 kam.

Die Schrecken einer wachsenden Bevölkerung

Die stadträumliche Entwicklung stand im Zentrum des Berichts. Die demografischen Szenarien bildeten dazu nur eine Vorarbeit, legten aber klar, dass es keine Möglichkeit gab, weiterhin von einer ganz allmählich schrumpfenden Bevölkerungszahl auszugehen. Wohnen, Bodennutzung, Verkehr, Infrastruktur und Sicherheit bildeten dabei die großen Themenbereiche. Zusätzlich gab es ein Schulkapitel, auf das hier nicht weiter eingegangen wird, weil es vor allem den Mangel an Planungsoptionen im Schulwesen zur Schau stellte. Daran hat sich seitdem ja auch nur wenig geändert.

Dezidiert wurde festgehalten, für „hektische Neubautätigkeit“ bestehe kein Anlass, solange der Zuzug moderat, d.h. bei 6.000 netto im Jahr, bleibe und insbesondere wäre sie auch wenig hilfreich, wenn der Neubautätigkeit die soziale Komponente fehlte. Zudem müsse man bei größerem Zuzug nicht strikt bei der Annahme von durchschnittlich 2 Personen pro Wohnung bleiben. Schon ein Durchschnitt von 2,1 brächte eine merkliche Entlastung (IFES u.a. 1990:93). Dieses Zusammenrücken hat trotz des unerwartet großen Bevölkerungszuwachses nicht stattgefunden. Ende 2009 lebten im durchschnittlichen Privathaushalt in Wien 1,99 Personen. Wenn die Bevölkerung um rund 200.000 zugenommen hat, sind demnach etwa 100.000 Wohnungen dazugekommen, also etwa 5.000 pro Jahr. Weil alte Wohnungen teils abgerissen bzw. zusammengelegt

wurden, musste die Neubauleistung einiges darüber liegen, aber zweifelsfrei noch nicht im Bereich „hektischer Neubautätigkeit“.

Wenn die Quadratmeterpreise nennenswert stiegen, so die Aussicht, würde sich das Stadtbild ändern: „Ein spezielles Wohnungsmarktsegment bildet sich für das unterste Glied in der Hierarchie der Wohnungsmarktnachfrager heraus: Gruppen von Ausländern mit völlig ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen und zum Teil illegalem Aufenthalt: Für sie gibt es vielfach nur Notunterkünfte zu nahezu räuberischen Konditionen. Da guter und schlechter Wohnraum über das Stadtgebiet ungleich verteilt sind, zeigen sich auch verstärkt – bisher nur wenig bekannte – Segregationstendenzen“ (IFES u.a. 1990:87).

Ließe man Marktprozessen bei der Bodennutzung deutlich mehr Raum, als damals gewohnt, so würde darunter die Wohnumwelt und mithin die Lebensqualität leiden, wurde argumentiert. Es würden „Nutzungsformen mit geringem Bodenertrag gegenüber solchen mit hohem an Attraktivität“ verlieren. „Dadurch kommt es in urbanen Gebieten bei steigender Population und fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung zu Substitutions- und Verdrängungsprozessen von Erholungsgebieten und landwirtschaftlich genutzten Flächen zugunsten von Betrieben, Straßen und Wohnhäusern“, während „zur Erhaltung der Wiener Lebensqualität ein Mindestangebot an Grünflächen erforderlich“ sei (IFES u.a. 1990:127-129). Es gelte, „das Gleichgewicht zwischen Ökologie und Ökonomie zu halten, was angesichts des Verwertungsdrucks und der drohenden starken Verdrängungsprozesse zulasten von Erholungsflächen keine leichte Aufgabe ist“ (IFES u.a. 1990:130-131). Hier wird ein Bild der damaligen Gegenwart gezeichnet, das geradewegs utopisch ist: Ökologie und Ökonomie befinden sich im Gleichgewicht und die Wiener Lebensqualität genießt eine Art von Einzigartigkeit, die schützenswert ist.

Aber die Utopie ist akut bedroht. Vielleicht nicht die eben erst gebaute Donauinsel (1972 bis 1988), aber der Stadtpark, der Prater und andere stehen kurz davor, zubetoniert zu werden. Das aber gefährdet den sozialen Frieden. „Der durch Bevölkerungswachstum ausgelöste steigende Problemdruck wird für eine Stadtverwaltung, die sich an einem umfassenden politischen Mandat orientiert, deshalb rasch spürbar, weil der Erwartungsüberhang der städtischen Bevölkerung hinsichtlich einer gesicherten und künftig noch zu steigenden Umweltqualität zu irrationalen Ausbrüchen der Aggression führen mag. Dies macht aus Migranten rasch Opfer einer gewalttätigen Konfliktaustragung. Anstatt eine Entfaltung multikultureller Lebensformen zu ermöglichen, löst das Wachstum der Bevölkerung unter solchen Umständen einen Rückfall in atavistische Formen der Konfliktbewältigung aus. Diese Gefahr abzuwehren, gehört zu den vordringlichen Aufgaben einer offensiven städtischen Bodenpolitik“ (IFES u.a. 1990:131). Diese sicherlich gut gemeinte,

an den Magistrat und die Stadtregierung adressierte Warnung vor dem Nichtstun oder vor Reformen, die man späterhin als „neoliberal“ denunziert hätte.

Man muss sich auch die suggestive Magie dieser Passagen auf der Zunge zergehen lassen, um sie richtig zu schmecken. Wie in anderen Berichtsteilen auch, wird mit Wiederholung im Kleinen und im Großen gearbeitet. Im Kleinen: Welchen Unterschied es zwischen „Substitution“ und „Verdrängung“ geben könnte, ist unklar, aber die Ballung der Wörter verfehlt ihre Wirkung gewiss nicht. Im Großen: Die Botschaft wird nach jedem Umblättern wiederholt und gewinnt mit der Wiederholung an Plausibilität, zum einen durch die Gewöhnung, zum anderen durch den Eindruck, man sehe sich einer Vielheit mit einheitlicher Meinung gegenüber.

In Wahrheit hat Wien seit 1990 in den internationalen Rankings der Lebensqualität dazu gewonnen. Man musste schon das Flair eines Altersheimes zu schätzen gelernt haben, um Wien 1990 so toll zu finden. Im Rückblick ist es aber leicht, zu ätzen. Tatsache ist wohl, dass eine Zukunft, die nicht vorstellbar ist, weil die konkret aufbereiteten und verbreiteten Bilder fehlen, weit bedrohlicher wirkt als selbst eine negative, aber dafür in vielen Details ausgemalte. Das bereitzustellen kann sehr leicht der Hauptzweck und die Hauptleistung der Szenarien von „Wien 2010“ gewesen sein.

Der Bericht hielt fest, dass bei der Energieversorgung keine Probleme zu erwarten seien, dass aber bei der Wasserver- und -entsorgung zusätzlicher Investitionsbedarf entstehen könnte, der über den ohnehin hohen Sanierungsbedarf hinausgehen würde. Es gab aber einen dritten sensiblen Bereich, für den Schwierigkeiten angekündigt wurden: „Bevölkerungswachstum würde gerade bei Müll zu erheblichen Problemen führen, solange nicht ein umfassendes Abfallvermeidungskonzept das Weiterwachsen des Müllvolumens verhindert“ (IFES u.a. 1990:124). Da kam es anders. Statt Vermeidung kam Verwertung, wobei die Konsumenten durch Mülltrennung in die Pflicht genommen wurden. Selbstverständlich ging damit einher, dass Migrantinnen und Migranten dem Verdacht ausgesetzt wurden, sich dabei nicht ausreichend zu engagieren. Das wurde 1990 noch nicht erahnt.

Es ist schön, auf einer (eingebildeten) Halbinsel zu leben

Der Wegfall der strikten Grenze im Norden und Osten beseitigte die Randlage von Teilen Oberösterreichs sowie von Niederösterreich, dem Burgenland und Wien. Die Grenze hatte eine ähnliche Situation geschaffen wie ein Meer, nur noch hermetischer. Der Osten Österreichs war bis dahin wie eine Halbinsel in eine Art Nichts hineingeragt. Wenn man sich zudem erinnert, mit welchem Enthusiasmus in den 1970er Jahren das Wort von Österreich als einer „Insel der Seligen“ aufgenommen worden war, lässt sich erahnen, wie traumatisch der Wegfall der 40-jährigen

Randlage gewesen sein kann. Die stetige Verlängerung des sogenannten Assistenzeinsatzes des Bundesheers an der Grenze zu Ungarn, trotz dessen dass es nicht einmal mehr eine Schengengrenze ist, zeigt, dass genug Leute sich die Illusion nicht rauben lassen wollen, die Grenze bestehe weiter und schütze sie. Wie sich das Leben auf dieser utopischen Halbinsel anfühlte und wie es ablief kann man auch heute vielerorts studieren. Hainburg oder Eberau wären da gute Beispiele unter hunderten weiteren. Spätestens seit 1950 wurden das Rückzugsgebiete. Wer da blieb oder da hinzog, wollte vor allem Ruhe haben, und Ruhe besteht nicht zuletzt in einem gleichmäßigen, geregelten, vorhersehbaren Ablauf, in dem Neues nur gerade so flüchtig auftritt, als ob es im Fernsehen wäre. So ähnlich war es auch in Wien gewesen und ist es in manchen Gassen vielleicht auch noch geblieben, wenn auch mit heranrückendem Ablaufdatum.

Die Themen Verkehr und Sicherheit waren in der Studie 1990 direkt an die „Entgrenzung“ Ostösterreichs geknüpft.

- „Parallel zur gestiegenen Nachfrage nach Wohnflächen erhöhen die Migration und die Öffnung der Grenzen auch die Nachfrage nach Verkehrsflächen“ (IFES u.a. 1990:130). „Der Wiener Verkehr entwickelt sich bereits ohne „Offene Grenzen“ auf seine Kapazitätsgrenzen zu. ... „Offene Grenzen“ und deren verkehrsbedingte Nebenwirkungen bedeuten in diesem Sinn kein neues Problem, sondern lediglich eine Verschärfung des schon wirkenden Mechanismus. Dadurch werden die Kapazitätsgrenzen schneller als bisher angenommen erreicht“ (IFES u.a. 1990:117).
- „In den Jahren 1988 und 1989 stieg die Kriminalität in Österreich und besonders in Wien beinahe sprunghaft an, sowohl bei Inländern als auch bei Ausländern. Laut Angaben der Wiener Polizei ist die gesteigerte Zahl von Delikten nicht auf die Gastarbeiter zurückzuführen, sondern auf illegal in Österreich lebende Ausländer“ (IFES u.a. 1990:134-135).

Wie schon beim Thema Boden und Umwelt die drohende Desillusionierung und Enttäuschung über das Ende der Utopie als potente Ursachen für Aggression und Gewalt in den Raum gestellt wurden, so auch hier. „In Wien ist wie in allen Regionen mit vergleichsweise niedriger Kriminalitätsrate das Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung relativ wenig entwickelt. Eine Zunahme von Kriminalität birgt unter diesen Umständen die Gefahr von Überreaktionen seitens der Bevölkerung und das Ausweichen auf Feindbildmechanismen“ (IFES u.a. 1990:132). Neue Migration trifft hier auf eine harmlose, naive Bevölkerung (einschließlich des als Gastarbeiter zugezogenen Teils), die daraufhin ausrastet. Die neuen Migrantinnen und Migranten ihrerseits sind weniger naiv oder vielleicht auf andere Weise naiv, aber jedenfalls in gewisser Weise überlegen, weil bereit, sich in bedeutender Zahl nicht den Gesetzen unterzuordnen. Zeitlich wird der Gedanke nicht

sauber verankert. Es ist nicht klar, ob wir hier die Gegenwart 1990, die drohende Zukunft im Jahr 1995 oder im Jahr 2010 skizziert bekommen.

Insgesamt operiert der stadträumliche Teil des Berichts mit einem malthusianischen Drohszenario: die Grenzen des Wohnraums, die Grenzen der Bodenbereitstellbarkeit, die Grenzen der Verkehrskapazität, die Grenzen der Müllentsorgbarkeit, die Grenzen der Bewohnbarkeit der Stadt. Er belässt es aber dankenswerterweise nicht dabei, sondern tippt auch immer wieder Lösungsmöglichkeiten an. Die aber sind oft etwas utopisch: Der Wohnungsmarkt wird in Teilen strikt bewirtschaftet, in anderen mehr oder minder sich selbst überlassen, der benötigte Boden liegt jenseits der Stadtgrenze in niederösterreichischen Gemeinden, trotzdem ersetzt der öffentliche Verkehr in Teilen den PKW, Abfallvermeidung greift. Erstaunlich ist vielleicht, dass diese utopisch angehauchten Lösungen zum Teil eben doch wahr geworden sind, parallel zu den konventionelleren, angedrohten Lösungen, als da sind: höhere Gebäude, größere Verdichtung, Beschneidung des Grünraums, mehr Straßen. Letztlich muss man sagen, Wien ist doch recht vorhersehbar. Was sagt uns das für 2030?

Am Arbeitsmarkt nicht São Paulo, sondern Offene EG

In einer Reihe von zentralen Punkten scheint sich am Arbeitsmarkt bis 2010 das Szenario Offene EG einigermaßen verwirklicht zu haben:

- Vier der fünf Szenarien sahen einen Nettozuwachs um rund 6.000 neu aus dem Ausland zugezogene Beschäftigte pro Jahr vor, São Paulo das Doppelte. In Wirklichkeit kam bis 2010 ein Nettozuwachs von etwa 8.000 pro Jahr heraus.
- Der Anteil der Beschäftigten an der neu zugezogenen Bevölkerung war im Szenario Offene EG mit rund 71% geringer als bei den anderen vier und scheint recht genau der eingetretenen Wirklichkeit zu entsprechen.
- Die Szenarien machten die Folgen der Einwanderung nicht nur von der Menge, sondern auch von der beruflichen Verwendung abhängig. Auch in dieser Hinsicht verwirklichte sich am ehesten das Szenario Offene EG, das etwa ein Fünftel der Beschäftigung in höheren Tätigkeiten, etwa ein Drittel in mittleren und die verbleibenden 45% bis 50% in gering qualifizierten Tätigkeiten erwartete.

Während gering qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer am Arbeitsmarkt Schwierigkeiten haben unterzukommen, werden mittel und höher qualifizierte häufig in gering qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt. In der Begründung der Szenarien wurde seinerzeit darauf verwiesen, dass ein größerer Anteil an mittleren und höheren Qualifikationen für das Wirtschaftswachstum und damit auch für die Lage der nicht migrierten Bevölkerung am Arbeitsmarkt wünschenswert sei.

Gleichzeitig wurde vorhergesehen, dass ein Teil dieser Qualifikationen in Wien entwertet werden würde. Hätte man diesen Hinweis damals ebenso Ernst genommen wie manche andere, dann hätte sich das berufliche Ergebnis der neu zuziehenden Beschäftigten und damit die wirtschaftliche Situation insgesamt verbessern lassen. Das fiel aber komplett unter den Tisch.

Die Prognosen von 1990 hielten ganz dezidiert und unmissverständlich fest, dass mehr als 6.000 zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland pro Jahr am Arbeitsmarkt Wiens nicht unterzubringen seien (IFES u.a. 1990:57, 61-66), vor allem wenn sie in hohem Maß in gering qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt würden. Eine darüber hinausgehende Zahl würde zu Lohneinbußen und / oder zu steigender Arbeitslosigkeit führen, und zwar vor allem in jenen Tätigkeiten, für die ohnehin schon niedrige Löhne gezahlt werden. Es würde also auch steigende Ungleichheit herauskommen (Wagner 1990:60). Am wenigsten ungünstig in dieser Hinsicht war das Szenario Offene EG.

Als eine Art Mantra durchzieht die Trinität von Gastarbeitern, Pendlern und Schwarzarbeit den ganzen Bericht. Man rechnete offenbar fest mit Unstetigkeit, entgleitender Kontrolle und Chaos. Das waren keine Warnungen mehr, sondern verfestigte sich durch die unablässige Wiederholung zur scheinbaren Gewissheit. Es kommt wohl nicht von ungefähr, dass 1992 das neue Aufenthaltsgesetz in §2 die „geordnete Entwicklung des Arbeitsmarkts“ als eines seiner wesentlichen Ziele eingeschrieben bekam.

Fazit: Es ist leichter, die Zukunft vorherzusehen, als das Vorhergesehene zu verstehen

In demografischer Hinsicht wurde das São Paulo Szenario übertroffen, am Arbeitsmarkt verwirklichte sich das Szenario Offene EG. Vielleicht liegt das auch an den unterschiedlichen Datenquellen, nämlich Bevölkerungsfortschreibung bzw Bevölkerungsregister im ersten und Mikrozensus im zweiten. Es ist vorstellbar, dass die heute angenommenen Bevölkerungszahlen für Wien zu Beginn des Jahres 1990 einfach etwas zu niedrig sind, und dass daher die Bevölkerungszunahme in den 20 Jahren in Wahrheit nicht ganz so groß war, wie wir heute glauben. Sehr wahrscheinlich ist das aber nicht, denn immerhin fand im Mai 1991 eine Volkszählung statt, die auch die Frage enthielt, wo man im Mai 1986 gewohnt habe.

Als Fazit ergibt sich, dass die Prognosearbeit gut war oder zumindest glücklich, die Interpretation der Ergebnisse aber zum Teil eher fragwürdig.

Die Prognose für den Fall einer erweiterungswilligen EG bzw EU hat sich als einigermaßen zutreffend herausgestellt. Das trifft mehr auf die Art und Weise der Absorption am österreichischen Arbeitsmarkt zu als auf den Umfang der Migration. Zwar registriert aber in den Folgen nicht vorhergesehen wurde, dass sich der Einzugsbereich Wiens zu erweitern begonnen hatte. Dadurch

wurde 1998 bis 2005 eine weitere Asylwelle des üblichen Ausmaßes von etwa 200.000 Personen möglich, obwohl das Fluchtpotential in den Nachbarstaaten stark reduziert worden war.

Die Interpretation enthält eine Kette verwunderlicher Feststellungen. Nicht nur der zuständige Stadtrat war damals der Meinung, jedes Wachstum könne Wien nur schaden. Zwar enthielt der Bericht kein Szenario, das dem Wunsch nach stagnierender oder leicht schrumpfender Bevölkerungszahl entsprochen hätte, aber es ist sehr auffällig, dass keines der fünf Szenarien im Text ein happy end hat. Selbst die Darstellung des Szenarios Offene EG endet mit einer Stadt, in der alle unzufrieden sind, die einen, weil sie für ihre Bedürfnisse zu teuer geworden ist, und die anderen, weil sie ihnen keine ausreichende Lebensqualität mehr bietet (IFES u.a. 1990:44).

Zweitens erstaunt, mit welcher Ungeniertheit gering qualifizierte Arbeitskräfte (und ihre Kinder) als überflüssig und belastend dargestellt werden. Das ist nicht nur in diesem Bericht so, sondern in Österreich verbreitet. Gering qualifizierte Tätigkeiten machen ein Viertel des Arbeitsmarkts aus. Die Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit geringer Bildung, die nicht in Ausbildung steht, ist kleiner als die Zahl der Arbeitsplätze in gering qualifizierten Tätigkeiten. Diese werden vorwiegend von Beschäftigten mit mittleren Qualifikationen ausgeführt (Lehre, Fachschule), von denen es einen erheblichen Überschuss gibt.

Den Subtext und was zwischen den Zeilen steht, wagt man kaum zu lesen. Darin sind drei zentrale Dispositive des Diskurses der Einwanderungs- und Einwandererfeindlichkeit in Österreich verknüpft: Überfremdung (Unregierbarkeit), Verdrängung, Sozialschmarotzertum. Das alles werde selbst unter den günstigsten real zu gewärtigenden Umständen verstärkt werden. Es darf aber keinesfalls übersehen werden, dass diese Erwartungen vollständig an den Zuzug von gering Qualifizierten oder in gering qualifizierten Tätigkeiten verwendeten Arbeitskräften und ihrer Familien geknüpft sind. Beruflich besser Gestellte werden explizit ausgenommen. Die Wörter mögen an den Diskurs der Migrations- und Migranteneindlichkeit gebunden erscheinen, in Wahrheit wird er gegen die „Unterschicht“ geführt. Weiß jemand einen funktionsfähigen Ausdruck wie „homophob“ oder „sexistisch“, nur bezogen auf die „sozial Schwachen“? Wir brauchen ihn dringend, immer schon.

Literatur

IFES / IWS / KDZ (1990) Wien 2010. Entwicklungstendenzen bei wachsender Bevölkerung und offenen Grenzen; Wien: MA18.

MA 18 / IWS (Hg) (1990) Wien 2010. Wien wächst wieder. Stadtentwicklung bei Bevölkerungswachstum und offenen Grenzen. Ergebnisse der Arbeitstagung vom 20. April 1990 im Wiener Rathaus; Regensburg: Transfer-Verlag.

Perchinig, Bernhard (2007) Welcome to Sao Paulo; paper presented at the conference Neue Droma – Roma and the Labour Market: Barriers and Chances, Vienna, February.

Wagner, Michael (1990) Ökonomische Mobilität. Chancen und Risiken erhöhter Mobilität für Wiens Wirtschaft; in: MA 18/IWS (Hg) 1990:57-62.

Wagner, Michael / Hofmann, Heinz (1990) Zur Analyse herausgefordert. Ausgangsüberlegungen; in: MA 18/IWS (Hg) 1990:123-133.

Erweiterte Fassung eines Beitrags zu dem von Vida Bakondy, Simonetta Ferfaglia, Jasmina Janković, Cornelia Kogoj, Gamze Ongan, Heinrich Pichler, Ruby Sircar und Renée Winter 2010 beim Mandelbaum Verlag für die Initiative Minderheiten herausgegebenen Band „Viel Glück! Migration heute. Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul“. Dort Seite 36-45.